Marburger Echo

Stadtzeitung der DKP Marburg-Biedenkopf

Ausgabe 4/4_2018

Novemberrevolution 1918

Zwischen Sozialpartnerschaft und Revolution

Wohnrungsfrage

Veranstaltungsreihe der SDAJ Marburg

Leiharbeit

Ausmaß und Umgang

Editorial

Liebe Leser und Leserinnen,

der Redaktionsschluss dieser Ausgabe lag vor den Landtagswahlen. Sollten die Umfragen richtig liegen, dann gibt's für die CDU und SPD ein Wahldebakel bayrischen Ausmaßes (die CSU dort an Stelle der CDU). Da spielt die selbst für GroKo-Verhältnisse schlecht orchestrierte ‚große Politik' in Berlin eine tragende Rolle. Dazu passt, dass die SPD ihr Fett trotz ‚Oppositionsstatus' in Hessen weg bekommt, während die Grünen in den Umfragen teils zweitstärkste Kraft sind. Anscheinend sind sie (wie in Bayern auch) die neue Scheinalternative für die von der Regierung enttäuschten Wähler und Wählerinnen. Betonung auf ‚Scheinalternative': Denn schließlich darf man nicht vergessen, dass die Grünen seit jeher für Sozialabbau, Kriegstreiberei und Abschiebungen im Sonnenblümchenflecktarn stehen. Auch in Hessen sind sie seit 4 Jahren an der Regierung beteiligt. Ob sich in diesem Land deswegen etwas in Sachen Wohnungsbau und Sozialpolitik getan hat, kann sich jeder schnell selbst beantworten.

Die DKP trat nicht zu diesen Landtagswahlen an. Statt auf Wahlergebnisse wollen wir in dieser Ausgabe des Echos ein Blick auf die politischen und sozialen Probleme in diesem Land werfen: Ulf Immelt (DGB Mittelhessen) schreibt dieses Mal über Leiharbeit in Deutschland, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Marburg thematisiert die Wohnungsfrage in einem Artikel und dazu passender Veranstaltungsreihe. Außerdem: Matin Barakis (Politologe) zweiter Teil zu Afghanistan, ein Bericht über das Pressefest der DKP-Zeitung ‚Unsere Zeit' und vieles mehr.

Michael Henkes,
Vorsitzender DKP Marburg-Biedenkopf

Inhalt

Thema	Seite
Über eine Million Leiharbeiter und niemand interessiert es?	3–4
Novemberrevolution 1918 - Zwischen Sozialpartnerschaft und Revolution	5–6
Verteidigung am Hindukusch - Teil II	7–8
Über 40.000 beim 20. UZ-Pressefest	9–10
Die Sache mit den Mietpreisen	11–12
Bye, bye, neue Wohngebiete im Herzen der Stadt	13
Veranstaltungsreihe - Die Wohnungsfrage ist eine Klassenfrage	14

Über eine Million Leiharbeiter und niemand interessiert es?

Die Leiharbeit boomt, trotz aller Beteuerungen der Politik diese eindämmen zu wollen. Im Jahresdurchschnitt 2017 waren nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit 1,03 Millionen Kolleginnen und Kollegen als Leiharbeiter beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg ihre Zahl um 41.000. Der Boom der Leiharbeit hat seine Ursache in der Arbeitsmarktreform, die unter dem Namen Hartz I traurige Berühmtheit erlangte. Waren 2004 „nur“ 326.000 Menschen in der Mühle Leiharbeit, stieg deren Zahl rasant auf über 800.000 an. Leiharbeit bedeutet für die Betroffenen 30 bis 40% weniger Lohn, Hire and Fire und keinerlei Zukunftsplanung. Zwar konnten Gewerkschaften in Arbeitskämpfen Verbesserungen in der Leiharbeit durchsetzet: Dennoch liegen die tariflichen Entgelte der Leiharbeiter immer noch deutlich unter denen der Stammbelegschaft. Daher sind gesetzliche Regelungen dringend erforderlich. Seit April 2017 ist das neue Arbeitnehmerüberlassungsgesetz in Kraft. Demnach haben Leiharbeiter nach neun Monaten im Einsatzbetrieb das Recht auf gleiche Bezahlung wie die Stammbelegschaft. Die Obergrenze für die Einsatzdauer in einem Entleihbetrieb beträgt 18 Monate. Danach müssen die Leiharbeiter entweder übernommen oder anders eingesetzt werden. Diese beschlossenen gesetzlichen Regelungen konnten den massenhaften Einsatz von Leiharbeit nicht eindämmen: Ein Grund hierfür ist,

dass die Höchstüberlassungsdauer sich nur auf den konkreten Leiharbeiter bezieht. So können die Unternehmer einzelne Personen gegen einen anderen Leiharbeiter austauschen oder dieselben nach drei Monaten Karenzzeit erneut einsetzen. Sinnvoller wäre es gewesen, Höchstüberlassungszeiten für Arbeitsplätze festzulegen, um diesen Drehtüreffekt zu verhindern. Noch besser wäre es gewesen, sämtliche Liberalsierungen der Leiharbeit seit den1980er Jahren zurückzunehmen oder diesen modernen „Sklavenmarkt“ ganz zu schließen. Da die Politik in Sachen Leiharbeit zwar medienwirksam Mäuselöcher schließt und gleichzeitig Scheunentore für das Kapital öffnet, ist es kein Wunder, dass laut einer aktuellen Betriebsratsbefragung der IG Metall immer mehr Betriebe das Instrument Leiharbeit zur Disziplinierung der Kernbelegschaften einsetzen. Rekordzahlen in der Leiharbeit, ein gigantischer Niedriglohnsektor, Armutsrenten und eine rigorose Umverteilung von unten nach oben sind eigentlich gute Gründe für die politische Linke auf die Straße zu gehen. Leider steht bei einem immer größeren Teil deren Vertreter nicht mehr der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit im Zentrum der politischen Agenda. Man versteckt sich lieber hinter sogenannter Identitätspolitik, von der Verkehrswende, über die Homo-Ehe bis zum veganen Essen und überlässt so den Rechtspopulisten in der sozialen Frage viel zu viel Raum. Man reiht sich mit Kabinett und Kapital in die vermeintliche „antirassistisch Einheitsfront“ ein, statt unter dem Slogan „Unsere Willkommenskultur heißt gemeinsam kämpfen“ Ursachen und Verursacher von Krieg, Flucht, Armut und prekärer Beschäftigung beim Namen zu nennen.

Ulf Immelt

100 Jahre Novemberrevolution

Zwischen Sozialpartnerschaft und Revolution

Viele Jubiläen feiert die politische Linke in diesem Jahr; 200 Jahre Karl Marx, 100 Jahre Novemberrevolution, 50 Jahre 1968.

Am 15.10.2018 feierte der Deutsche Gerwerkschaftsbund (DGB) zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) 100 Jahre Sozialpartnerschaft.

An diesem Tage vor 100 Jahren, beschlossen der SPD-Fuktionär und Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Carl Legien (vertretend für die Gewerkschaften) und der Stahlmagnat Hugo Stinnes (vertretend für die Arbeitgeber) das sog. Stinnes-Legien-Abkommen - das Bündnis zwischen Kapital und Arbeit.

In den Herbsttagen des Jahres 1918 war eine ernsthafte revolutionäre Situation in Deutschland herangereift. Es war nur noch eine Frage weniger Wochen, bis das Deutsche Reich vor den Entente-Mächten kapitulieren musste. Der seit vier Jahren tobende 1. Weltkrieg zermürbte das ganze Land, die Wirtschaft lag brach, Millionen Soldaten verloren ihr Leben in den Gräben oder kehrten als Invaliden Nachhause. An der Heimatfront hungerte das werktätige Volk und erlag zu hunderttausenden an Krankheiten, wie Tuberkulose.

Unzählige Streiks, Proteste und Befehlsverweigerungen leiteten die Revolution ein, die am 4. November mit dem Aufstand der Kieler Matrosen begann.

Dr. J. Reicherts, Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, schrieb über eine Tagung führender Monopolisten am 09.10.1918: „Tatsächlich war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar. Es kam darauf an: Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfehgenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution bewahren? [...] [um die Revolution zu verhindern; der Autor] gibt es für die Industrie nur auf seiten der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften."

Das Stinnes-Legien-Abkommen

beinhaltet zwar weitreichende Forderungen der Arbeiterbewegung, wie der Acht-Stunden-Tag oder Mitbestimmung im Betrieb, muss in seinem historischen Kontext jedoch als Sieg der Kapitalseite gewertet werden, da das Abkommen ein wesentlicher Teil der Gegenrevolution war, indem es die Arbeiterschaft blendete und im Ergebnis die Bourgeoisie die politische Macht behalten konnte.

„Die gelebte Sozialpartnerschaft in unserem Land ist ein Glücksfall für unser Land und beispiellos innerhalb Europas.“, so der BDA Präsident Ingo Kramer. Und in der Tat, einen Vertrag zwischen Kapital und Arbeit wie die ‚deutsche Sozialpartnerschaft‘ es ist, ist in seiner Qualität einzigartig und ein spezifisches Produkt der Novemberrevolution. Einen Grund für den DGB zu feiern, sollte dies nicht sein.

Ernst Thälmann schrieb zusammenfassend über die Novemberrevolution „Die Tragödie der deutschen Revolution im Jahre 1918, [...] bestand in dem Zwiespalt zwischen den objektiven ausgereiften revolutionären Verhältnissen einerseits und der subjektiven Schwäche des deutschen Proletariats, [...] andererseits.“

Calvin Kraus

Schon Wilhelm II. und Hitler wollten Deutschland am Hindukusch verteidigen

Verteidigung am Hindukusch - Teil II

Der Kaiser war weg, die Strategie blieb erhalten. Afghanistan war aufgrund seiner Grenzen im Norden zur Sowjetunion und im Osten und Süden zu Britisch-Indien während der Vorbereitungsphase des Zweiten Weltkrieges fester Bestandteil der militärischen Konzeption des faschistischen Deutschlands. Im September und Oktober 1937 wurden Verhandlungen zwischen Vertretern der afghanischen Regierung und des Auswärtigen Amtes, des Außenpolitisches Amtes der NSDAP [APA], des Reichsluftfahrtministeriums sowie des Reichsverbandes der Deutschen Luftfahrtindustrie wegen des Verkaufs deutscher Flugzeuge an Afghanistan im Werte von 180.000 RM geführt. Schon vor Ende des Jahres 1939 existierten genaue Pläne von einem direkten deutschen Angriff gegen die britischen Stellungen im Orient, womit Oskar von Niedermayer, der militärische Leiter der deutschen Afghanistan-Expedition während des Ersten Weltkrieges, beauftragt war. Dieser Angriff auf die britischen Positionen konnte zu Lande nur über afghanisches Territorium durchgeführt werden. Die deutschen Faschisten hatten schon in Erwägung gezogen, nach der erfolgreichen Durchführung des Plans „Barbarossa“ Britisch-Indien anzugreifen. Mit dem Datum des 17. Februars 1941 ist folgende Notiz im Kriegstagebuch des Oberkommandos der faschistischen Wehrmacht zu lesen: „Der Führer wünsche die studienmäßige Bearbeitung eines Aufmarsches in Afghanistan gegen Indien im Anschluss an die Operation ‚Barbarossa‘.“ Nach Auffassung von Adolf Hitler war Afghanistan die

Bild: Generalmajor Oskar Ritter von Niedermayer

Rolle eines wichtigen Stützpunktes in den strategischen Plänen zur Eroberung Indiens und der Länder Südostasiens zugedacht. Acht Tage später war die Planung einer Operation gegen Afghanistan Gegenstand einer Besprechung im Generalstab des Heeres. Seit dem Frühjahr 1941 beschäftigte sich das Auswärtige Amt intensiver als zuvor mit diesem Vorhaben. Damit entstand das Konzept zur „Verteidigung am Hindukusch II".

Kurz nach dem faschistischen Überfall auf Polen gab die afghanische Regierung am 7. September 1939 eine Erklärung ab, während des Krieges ihre eindeutige Neutralität weiter bewahren zu wollen. Allerdings widersprach diese Neutralitätserklärung den Interessen des deutschen Reiches. Das Auswärtige Amt zog in Erwägung, die afghanische Regierung unter König Mohammad Zaher zu stürzen und an seiner Stelle den ehemaligen König Amanullah, der damals in Rom lebte und in seiner Amtszeit ein gutes Verhältnis zu Deutschland hatte, als Marionette des faschistischen deutschen Regimes in Kabul an die Macht zu bringen. Die bedingungslose Kapitulation des deutschen Faschismus verhinderte schließlich die Umsetzung dieses Planes.

Trotz jahrelanger Anstrengungen sowohl des Wilhelminischen als auch des faschistischen Deutschland gelang es also nicht, Afghanistan weder in die Kämpfe des Ersten noch des Zweiten Weltkrieges einzubeziehen.

Dennoch wurden Erfahrungen gesammelt und Verbindungen geknüpft, an welche bundesdeutsche Unternehmen in ihrem Bestreben, in Afghanistan Fuß zu fassen, später anknüpfen konnten. „Historische Verpflichtungen, Vorrechte oder Lasten hat die Bundesrepublik im Indik-Raum nirgends. Das koloniale Ostafrika gehört völlig der Vergangenheit an. Aber es war, jedenfalls bis zum Ende der siebziger Jahre, nicht belanglos, dass das Deutsche Reich in der Zwischenkriegszeit und bis in den Zweiten Weltkrieg hinein auf der Landbrücke von der Türkei über Persien nach Afghanistan politische, wirtschaftliche und kulturelle Positionen aufgebaut hatte, die sich in den fünfziger Jahren wiederbeleben ließen." Damit waren die Voraussetzungen für die „Verteidigung am Hindukusch III" geschaffen.

Matin Baraki

Teil III erscheint in der nächsten ME-Ausgabe.

Über 40.000 beim 20. UZ-Pressefest

Die kleine DKP hat es wieder geschafft, das größte politische Fest aller Linken dieses Landes auf die Beine zu stellen.

So großartig wie das Wetter (es regnete unglaublicherweise kein einziges Mal), so beeindruckend die Stimmung auf dem Fest. Die BesucherInnen kamen in Scharen; es waren weit über 40.000, deutlich mehr als beim vorangegangenen UZ-Pressefest vor zwei Jahren. Dementsprechend waren die Veranstaltungszelte oft brechend voll. Das Diskussions- und Kulturprogramm traf den Nerv, auch vieler junger Leute.

Politischer Höhepunkt des UZ-Pressefestes war das „Antikriegs-Meeting“ mit seiner klaren Aussage „Frieden mit Russland“ am Samstag auf der Hauptbühne. Der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele fasste die Gegenposition zu Horst Seehofers Behauptung, Migration sei die „Mutter aller Probleme“, so zusammen: „Krieg ist die Mutter der Flucht – die NATO der Vater“. Egon Krenz und Petr Parkhitko von der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation kritisierten die Kalten Krieger in Bundesregierung und NATO und ihre Konfrontationspolitik gegenüber Russland. Zum Antikriegsmeeting gehörte auch die Begrüßung der mehr als 35 internationalen Gäste auf der Hauptbühne. Sie manifestierten mit ihrer Präsenz und Beteiligung am Programm den Charakter des Festes als Fest des Friedens und der Solidarität. In diesem Zusammenhang: Über 70 Organisationen, sprich Bündnispartner, haben die

Pressefest-Gäste mit Informationen und auch mit leckeren kulinarischen Spezialitäten versorgt.
Und es passierte etwas Skurriles, was erst nach dem Fest bekannt wurde und politisch gesehen natürlich eine sehr schöne Sache ist: Die DKP hatte eine Planübererfüllung und bekam es gar nicht mit! Bis zum Pressefest wollte die DKP nämlich 30.000 Unterschriften für die Kampagne „Abrüsten statt aufrüsten“ gesammelt haben. Knapp 27.000 konnten an Reiner Braun, einen der Initiatoren der Kampagne, überreicht werden, obwohl es bereits über 32.000 waren. 5.000 hatten sich während der ersten Septembertage beim DKP-Büro in Essen gestapelt und lagen da still und friedlich. Angesichts der neuen Kriegsvorbereitungen gegen Syrien ist klar, die Kampagne darf nicht einfach beendet werden und muss weiter mit vollem Engagement fortgesetzt werden.
Es gab ein großes Interesse an Informationen und Debatten vor allem zur Friedenspolitik, gegen die umfassende Rechtsentwicklung und zu gewerkschaftlichen Kämpfen. Auf den Podien waren klare Worte zu hören: Der Mut, die Dinge beim Namen zu nennen, greift um sich. Und der Wille zu verändern. Vielerorts wurden Pläne geschmiedet – für den gewerkschaftlichen, den antifaschistischen und den Kampf für den Frieden. Die Erfolge der Streikenden der Unikliniken in Düsseldorf und Essen wurden gemeinsam mit ihnen gebührend gefeiert!
Die beiden Konzerte auf der Hauptbühne am Freitag mit Ska-Bands und am Samstag mit Esther Bejarano, Microphone Mafia und Konstantin Wecker waren echte Höhepunkte. Der Auftritt der 93-jährigen Auschwitz-Überlebenden, die für das Publikum sang und rappte, wurde zum Motivationsschub für den antifaschistischen Kampf in Zeiten des Rechtsrucks.
Dietmar Dath hat zum vorletzten UZ-Pressefest 2014 Gedanken geäußert, die auch auf dieses Fest vollständig zutrafen: „Auf dem UZ-Pressefest haben Leute nicht erzählt, was man irgendwie mal machen müsste, sondern vor allem, was sie schon geübt haben – Leute aus Griechenland oder England, aus der Betriebsratsarbeit und von der Uni, junge Leute, ältere Leute. Wenn die dann von Vorhaben sprachen, waren das keine Visionen, sondern durch schon Geleistetes beglaubigte Pläne.“

Herwig Selzer

Die Sache mit den Mietpreisen

Hohe Mietpreise sorgen dafür das auch ausgelernte Jugendliche in prekären Verhältnissen leben. Wer auf Wohnungssuche ist, hat es in der heutigen Zeit alles andere als leicht. Absolut irre Mietpreise, hunderte Bewerbungen pro Wohnung und häufig ist die Katze im Sack auch noch dabei. Diese manifestiert sich unter anderem in horrenden Stromkosten wegen eingebauten Durchlauferhitzern oder Gasthermen. Dass dies nicht nur ein Problem für prekär Beschäftigte, Studierende und Azubis, Alleinerziehende oder Sozialhilfeempfänger ist, macht ein Gespräch mit Svenja S. deutlich. Sie ist eine frisch ausgebildete Fachkraft im öffentlichen Dienst. Für sie ist es nahezu aussichtslos eine adäquate Wohnung zu finden. Sie berichtet von 840 Euro Kaltmiete für 60 m² Wohnfläche mit 2 Zimmern und 600 Bewerbungen auf diese Wohnung. Bei einem Nettoeinkommen

von 1400 € im Monat alles andere als bezahlbar. „Da bleibt einem nur die eigenen Ansprüche sehr weit nach unten zu schrauben, aufs tiefe Land zu ziehen, oder weiterhin bei Mama und Papa zu wohnen“, berichtet Svenja. Auch eine Ausbildung garantiert kein gutes Leben mehr 840 € Kaltmiete bei einem Einkommen von 1.400 € netto im Monat. Kalkulieren wir mal knapp: Setzt man Kosten für Internet, Handy, Strom, Wasser und Heizung in Höhe von 120 € an, rechnet Lebenshaltungskosten, wie etwa für Lebensmittel und Drogeriebedarf, mit einem Betrag von 350 € dazu, addiert die Gebühr für eine Monatskarte ÖPNV von 50 € und veranschlagt die übrigen 40 € für Versicherungen und mal ins Shisha-Café gehen, ist das Monats Netto aufgebraucht. Ein Auto haben, Rundfunkgebühren zahlen, Mietzinserhöhungen stemmen, oder eine kaputte Waschmaschine ersetzen sind da schon nicht mehr möglich und sorgen dafür, dass man früher oder später in der Dispo-Spirale landet. Spätestens nach dieser Kalkulation sind Svenjas Lösungsansätze nachvollziehbar. Rund 1,3 Millionen junge Menschen haben dieses Jahr ihre Ausbildung beendet. Ein Großteil steht, trotz abgeschlossener Berufsausbildung und Weiterbeschäftigung, vor den gleichen Problemen wie Svenja. Im Gegenteil. Diese fordern ein immer höheres Maß an Flexibilität, sei es durch ständige Erreichbarkeit, räumliche Einsatzmöglichkeiten, oder befristete Verträge. Gehört man zu den Glücklichen, die eine bezahlbare Wohnung gefunden haben, ist die Gefahr groß nach Ablauf der Befristung nicht weiterbeschäftigt zu werden und die Grundlage zur Finanzierung seines Wohnraums zu verlieren. Und dann steht man, trotz abgeschlossener Berufsausbildung, wieder ganz am Anfang. „Der Druck auf die Politik muss sich erhöhen. Mit einem Versprechen auf Wahlkampfplakaten geben wir uns nicht zufrieden. Lasst uns die Forderung nach bezahlbaren Wohnraum gemeinsam auf die Straße und in die Betriebe tragen. Und zwar solange bis sich endlich etwas zu unseren Gunsten ändert“, so Svenja abschließend.

SDAJ-Veranstaltungsreihe:
Die Wohnungsfrage ist eine Klassenfrage (siehe S. 14)

SDAJ Marburg

Bye, bye, neue Wohngebiete im Herzen der Stadt

Oder wie die Oberhessische Presse titelte „bye, bye, Bundesgartenschau“

Auch wenn es zu Zeiten des Landtagswahlkampfes, wieder von allen politischen Organisationen ein großes Geplapper zu weniger innerstädtischem Verkehr, vor allem weniger Gestank und Lärm, gab, scheint eine große Chance vertan.

Unter anderem deshalb, gibt es in unserer Stadt mehrere Organisationen die sich schon lang bemühen, etwas gegen diese Missstände zu tun, nicht zuletzt gibt es seit mehreren Jahren die „Bürgerinitiative Stadtautobahn“, die und ebenfalls die lokalen Agenda-Gruppen seither mit einer Vielzahl von Veranstaltungen über Probleme und Lösungswege informiert.

Vor mehr als viereinhalb Jahren machte sich der Magistrat, nebst großem Bürgerbeteiligungskonzept auf, die BuGa im Jahr 2029 nach Marburg zu holen. Dabei sollen die Flächengewinne durch die Verlegung der vierspurigen Schnellstraße unter die Erde zur “Entwicklung von innerstädtischen Bau- und Grünflächen” genutzt werden. Bei einigem Nachdenken wird sehr schnell evident, dass das Tunnelprojekt überhaupt erst die Voraussetzung schafft in Marburg eine Bundesgartenschau platzieren zu können. Auf welchen Flächen könnte man ansonsten einer Bundesgartenschau in der Innenstadt überhaupt angemessenen Raum und Flächen bieten wollen? und somit konnte die Untertunnelung nach längerem Wunsch vieler Marburger_innen auch „ergebnisoffen“ ins Stadtparlament einziehen. Es wurde eine Machbarkeitsstudie für eine Verlegung der Trasse der Stadtautobahn beschlossen, allerdings leider bis heute, trotz einstimmigen Stadtverordnetenbeschluss nicht in Auftrag gegeben. Schade, wenn man so mit Beschlüssen umgeht! Zu dem wird die Chance auf eine Umgestaltung eines neuen Innenstadtviertel vertan, in der neue Freizeitflächen zur Erholung im Grünen entstehen könnten, vor allem aber so dringend benötigter neuer bezahlbarer Wohnraum!

Darüber hinaus zeigt es wiedereinmal, wie ernsthaft man langfristig auf Bürgerbeteiligung setzt, diese hatte man vor über vier Jahren unter großem Aufwand gestartet, übrig blieb quasi Nichts.

Tanja Bauder-Wöhr

Veranstaltungsreihe der SDAJ Marburg:

Die Wohnungsfrage ist eine Klassenfrage

Wohnungsnot in Marburg

Datum: Di, 06.11.2018, 20-22 Uhr
Ort: Biegenstr. 14, Hösaal +1/0030
Referentin: Tanja Bauder-Wöhr (DKP)

Marxistischer Blick auf die Wohnungsproblematik

Datum: Mi, 05.12.2018, 20-22 Uhr
Ort: Biegenstr. 14, Hörsaal +1/0030
Referentin: Siw Mammitzsch (DKP)

Kämpfe verbinden - Wohnraum, Schule, Uni, Betrieb

Datum: Do, 17.01.2019, 18-20 Uhr
Ort: Biegenstr. 14, Raum +1/0120
Referenten: Ulf Immelt (DGB)
Marie-Luise (Stadtschulsprecherin)
Eyup Yilmaz (Linkspartei)

SDAJ

Marburger Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Marburg

Was?	Wann?	Wo?
Novemberrevolution 1918 - Missglückt oder gelungen?	09.11.2018 19:00 Uhr	DGB-Haus Marburg, Bahnhofstraße 6
50 Jahre DKP - 200 Jahre Karl Marx	20.11.2018 19:00 Uhr	Kongresshalle Gießen (Vortragsraum)

Impressum

info@dkp-marburg.de

www.facebook.com/dkp.marburg/

www.dkp-hessen.de

www.dkp-online.de

DKP